

## „Fairness in der Leiharbeit“

### SPD-Antrag: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss kommen

**L**eiharbeit – dieses Thema sorgt bei uns Sozialdemokraten immer wieder für Zündstoff. 2002 waren wir in der Regierungsverantwortung als der Sektor im Zuge der Hartz-Reformen ausgebaut wurde. SPD und Gewerkschaften nahmen damals an, dass die Unternehmen verantwortlich mit diesem Instrument umgehen und Beschäftigten den Zugang zu festen Arbeitsstellen ermöglichen würden. Mittlerweile wissen wir, dass dies nicht der Schaffung von guten Arbeitsplätzen diene. In den meisten Fällen bedeutet Leiharbeit heute prekäre Arbeit und eine unsichere Zukunft. Dieser Diskussion muss sich die SPD stellen. Und wir müssen den Mut haben, zu sagen, dass hier einiges schiefgelaufen und Abhilfe dringend nötig ist. Deshalb haben wir jetzt unseren Antrag „Fairness in der Leiharbeit“ in den Bundestag eingebracht. Vorrangiges Ziel unseres Antrags ist die Schaffung von festen Normalarbeitsverhältnissen. Nur so macht Leiharbeit als arbeitsmarktpolitisches Instrument Sinn. Leiharbeit sollte ein Sprungbrett in den Arbeitsmarkt darstellen. Dieses Ziel wurde mit den bisherigen Regelungen im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) nicht erreicht. Nur ein geringer Teil von ca. 15% der Leiharbeitskräfte wird von der entleihenden Firma in ein Festanstellungsverhältnis übernommen. Jetzt müssen wir sicherstellen, dass die Beschäftigungsverhältnisse in der Leiharbeit besser abgesichert werden. Wir müssen ferner Regelungen gesetzlich festschreiben, um den Missbrauch

in der Leiharbeit, insbesondere durch Lohn- und Sozialdumping zu unterbinden. Wir müssen die Beschäftigten in der Leiharbeit durch einen Mindestlohn schützen. Flexibilität soll weiter gewährleistet bleiben, Lohndumping und Einschnitte in Arbeitnehmerrechte müssen klar verhindert werden. Dazu gehört auch die Festschreibung des Grundsatzes der gleichen Bezahlung sowie der gleichen Arbeitsbedingungen wie für vergleichbare Festangestellte. Ich werde aber nicht warten bis hierüber im Bundestag entschieden wurde. Auch bei uns in Wolfsburg und Helmstedt ist mir von eklatanten Missständen im Bereich Leiharbeit berichtet worden. Ich werde mich mit den Betroffenen und Vertretern der Branche zusammensetzen, um diese Fälle zu erörtern. Denn eines steht fest: Die SPD steht seit an Seit mit den Beschäftigten.

Liebe Freundinnen und Freunde,  
ich wünsche Euch eine schöne Osterzeit. Schöpft in den Feiertagen Kraft. Denn in vielen Bereichen sind wir als SPD jetzt gefragt. Leiharbeit, Kommunal Finanzen, Bildung, Kopfpauschale - hier müssen wir die Menschen vor der sozialen Kälte und Verantwortungslosigkeit der Regierung schützen. Euer,



Achim Barchmann

## Gorleben-Untersuchungsausschuss

Keine Rückkehr zur Dinotechnologie

**H** heute wurde auf Antrag der Oppositionsfractionen ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss eingesetzt. Dieser wird klären, ob bereits die einseitige Festlegung des Erkundungsstandortes Gorleben für ein atomares Endlager unter der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung im Jahre 1983 aufgrund von Manipulationen und politischem Kalkül anstatt auf Basis geologischer Erkenntnisse erfolgt ist. Der Ausschuss wird Hinweisen nachgehen, wonach politisch massiv auf fachliche Stellungnahmen eingewirkt worden ist und letztlich fachfremde Erwägungen die entscheidende Rolle für eine für die Bevölkerung so weitreichende Entscheidung gespielt haben. Umweltminister Röttgen versucht mit der Neuaufnahme von Erkundungen in Gorleben Fakten zu schaffen und mögliche alternative Endlagestandorte auszublenden.

Die von schwarz-gelb betriebene Politik zur Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken, führt zu immer mehr Atommüll, vom dem niemand sagen kann, wo er die nächsten 40.000 Jahre ohne Gefahr strahlen soll. Gerade weil die Asse nur wenige Kilometer von meinem Wahlkreis entfernt ist, beteilige ich mich an den Protesten gegen die Rückkehr zur Dinosauriertechnologie Atomkraft. Deshalb unterstütze ich die KETTENreAKTION: Atomkraft abschalten! am 24. April. Dabei wird eine 120 km lange Menschenkette zwischen den Atomkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel ein unübersehbares Zeichen gegen diese Hochrisiko-Technologie setzen. Auch aus unserer Region werden Busse fahren. Informationen dazu sind in meinem Berliner Büro unter 030/ 227 71641 zu erhalten. Dort können sich auch gerne Interessierte für die Fahrt anmelden.

Weitere Information zu der Aktion sind auch im Internet unter [www.anti-atomkette.de](http://www.anti-atomkette.de) oder [www.zukunft-statt-atom.spd.de](http://www.zukunft-statt-atom.spd.de) zu finden.

## Otto Wels (1873—1939)

Gedenken an den aufrechten Demokraten

**A**m 23. März 1933 hielt Otto Wels die letzte freie demokratische Rede. Die SPD-Fraktion widersetzte sich als einzige dem Machtstreben der Nazis und stimmte geschlossen gegen das Ermächtigungsgesetz. Die liberalen und konservativen Parteien beugten sich dem Druck der Nazis und machten den Weg frei für Terror und Krieg. Otto Wels hat die Gefahr erkannt und trotz der massiven Einschüchterungen der Nazis diese mutige Rede gehalten.

Der OV Wolfsburg Stadtmittelpunkt hat die Plakette am Gedenkstein auf dem Otto-Wels-Platz erneuert und am 23. März feierlich der mutigen Rede des Sozialdemokraten vor 77 Jahren gedacht.



Achim Barchmann bei seiner Rede am Otto-Wels-Platz

Ich bin sehr stolz, der Partei Otto Wels anzugehören. Ich sehe es als Verpflichtung, auch heute für die Prinzipien einzutreten, für die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten damals gelitten und gestorben sind: Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Solidarität. Diese Grundsätze gerieten in der Vergangenheit oftmals in den Hintergrund. Wir dürfen uns nicht durch sogenannte Sachzwänge, politisches Kalkül oder neue politische Moden von diesen ursozialdemokratischen Vorstellungen ablenken lassen. Als SPD müssen wir - egal ob in den Kommunen, im Land oder im Bund - nach diesen Prinzipien handeln und uns daran messen lassen.